



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 21.07. bis
23.07.2026
– Auszug aus Drucksache 19/13141 –**

Frage Nummer 46
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Ruth
Waldmann**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie aus der Projektgruppe „Personalgewinnung in der Eingliederungshilfe“ gewonnen hat, welche konkreten Maßnahmen sie auf Grundlage der Ergebnisse der Projektgruppe zur Bekämpfung des Personalmangels in der Eingliederungshilfe ergriffen hat und welche Empfehlungen des Abschlussberichts der Katholischen Stiftungshochschule München von März 2026 wird sie umsetzen?

Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Die wissenschaftlich begleitete Projektgruppe „Personalgewinnung in der Eingliederungshilfe“ hat die Ursachen des Personal- und Fachkräftemangels erstmalig umfassend analysiert und eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Personalgewinnung geschaffen. Der Abschlussbericht der Katholischen Stiftungshochschule München benennt insbesondere die geringe Bekanntheit der Berufsbilder, den demografischen Wandel und bürokratische Belastungen sowie Digitalisierung und Entbürokratisierung als zentrale Herausforderungen.

Auf Grundlage der Ergebnisse wird ein Umsetzungskonzept erarbeitet, welches bestehende Maßnahmen bündelt und gezielt weiterentwickelt. Die Sicherung ausreichenden und qualifizierten Personals in der Eingliederungshilfe besitzt für die Staatsregierung hohe Priorität. Hierzu gehören insbesondere die Steigerung der Attraktivität und Sichtbarkeit der Berufsbilder sowie die Erschließung neuer Fachkräftepotenziale.

Zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen zählen z. B. die HERZWERKER-Kampagne, der Schulversuch zur Modernisierung der Heilerziehungspflegeausbildung in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie eine Weiterentwicklung des Quereinstiegs. Während der Schulversuch die Ausbildung attraktiver gestaltet und Zugangshürden abbaut, soll der Quereinstieg zusätzliche Personalpotenziale eröffnen und Personalgewinnung mit qualitätsgesicherter Qualifizierung verbinden.

Darüber hinaus wird die Unterstützung einer eigenständigen Kampagne zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes der Heilerziehungspflege erarbeitet, die entsprechend dem Änderungsantrag zum Doppelhaushalt 2026/2027 (Drs. 19/10328)

insbesondere junge Menschen über soziale Medien für dieses Berufsfeld gewinnen soll.

Die weiteren Empfehlungen des Abschlussberichts werden bei der Weiterentwicklung des Umsetzungskonzepts berücksichtigt und schrittweise umgesetzt. Die Bewältigung des Personal- und Fachkräftemangels bleibt jedoch langfristig eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern, Trägern und weiteren Akteuren.